

Festvortrag
zur Eröffnung des 10. Deutschen Präventionstages
am 6. Juni 2005 in Hannover

von

Ursula von der Leyen

Dokument aus der
Internetdokumentation DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG
www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe
(DVS)

Zur Zitation:

Von der Leyen, U. (2005): Festvortrag zur Eröffnung des zehnten Deutschen Präventionstages. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.

http://www.praeventionstag.de/content/10_praev/doku/vonderleyen/index_10_vonderleyen.html

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Kerner,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schmalstieg,
sehr geehrter Herr Marks,
sehr geehrter Herr Hetger,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 10. Präventionstages hier in Hannover,

Im Namen der Niedersächsischen Landesregierung heiÙe ich Sie sehr herzlich in Hannover willkommen.

Wie hat doch der bekannte Schriftsteller Arno Schmidt einmal so schön gefragt? „Was soll ich in New-York – ich war schon zweimal in Hannover.“ Auch der Deutsche Präventionstag ist nach 2003 zum zweiten Mal in der Landeshauptstadt zu Gast.

Und ich freue mich sehr darüber, dass nicht nur das Büro des Deutschen Präventionstages hier in Hannover seinen Sitz hat, sondern künftig auch jeder zweite Präventionstag in Niedersachsen stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

10 Jahre Präventionstag – das ist ein runder Geburtstag. Er spricht für den Erfolg des Modells, jährlich den Aktiven aus dem In- und Ausland, aus Praxis und Wissenschaft die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zu geben und ein Forum für neue Ideen anzubieten. Oder auch mit Ausstellungen die Vielfalt der Präventionsarbeit in Deutschland zu dokumentieren.

Blickt man auf die Programme der 9 vorangegangenen Präventionstage zurück, dann zeigt sich wie weit das Feld ist, das Sie bearbeiten.

Es reicht von der Jugendkriminalität der Rolle der Wirtschaft in der Kriminalprävention der Rückfallprävention und Täterbehandlung bei Sexualstraftaten der „kommunalen Kriminalprävention als interessanten Faktor des modernen Stadtmarketings“ bis zu Fragen der Migration und Integration. Um nur einige zu nennen.

Im Laufe der Jahre hat sich zwar das Konzept ein wenig verändert.

Aber der Austausch untereinander, - die Vorstellung innovativer Arbeit und neuer Forschung – ist immer noch das Herzstück – und das zu Recht. Daher gilt mein ausdrücklicher Glückwunsch auch denjenigen, die vor 10 Jahren diesen Weg begonnen haben.

Im Programm ist mein heutiger Beitrag schlicht mit dem Wort „Festvortrag“ angekündigt. Ich habe mich dazu entschieden, ihn der Frage zu widmen:

Was können wir am Beispiel der Prävention gegen Gewalt im sozialen Nahraum lernen? Das Thema „Gewalt in der Familie“ stand zum ersten Mal ausdrücklich im Jahr 1997 auf der Agenda des Deutschen Präventionstages. Seitdem hat sich viel verändert, und nach meinem Eindruck kann viel von dieser Arbeit und den Erfolgen gelernt werden.

Häuslichen Gewalt

Was wissen wir über diese Gewalt? Die jüngere Forschung hat gezeigt, dass jede vierte Frau in ihrem Leben zumindest einmal körperliche oder sexuelle Gewalt durch einen Lebenspartner erleidet.

Die häusliche Gewalt ist also präsenter und schwerwiegender als Gewalt in anderen Lebensbereichen: Sie hat häufiger Verletzungen zur Folge und sie geschieht regelmäßiger und wiederholter. Sie wird besonders häufig und gefährlich in der Phase von Trennung und Scheidung. In der überwiegenden Zahl der Fälle sind Frauen zwischen 21 und 45 Jahren betroffen. Und in zwei Drittel der Fälle sind minderjährige Kinder im Haushalt.

Dort wo Kinder diese Gewalt miterleben müssen, leiden sie entsetzlich. Das Erleben von Gewalt hinterlässt oft tiefe, schmerzliche Spuren im Leben. Wir wissen aus vielen Studien, dass Kinder immer etwas von der Gewalt gegen die Mutter mitbekommen. Auch wenn die Eltern meinen, dies sei nicht so. Kinder hören die Auseinandersetzungen, sie sehen die Gewalt, sie sehen die blauen Flecken, die Schrammen, Blutergüsse und die verweinten Augen der Mutter am nächsten Tag und sie wissen: Er hat wieder zugeschlagen. Sie hören die Schreie, sie fühlen sich verantwortlich für das Gewaltgeschehen und sie spüren die erdrückende Atmosphäre der Angst.

Gewalt kann Kinder schwer traumatisieren. Gewalt bleibt nie ohne Folgen für Mädchen und Jungen. Und Gewalt kann von Generation zu Generation weitergegeben werden. Wir wissen mittlerweile:

Ein zentraler Risikofaktor für eine Viktimisierung durch sexuelle oder körperliche Gewalt von Frauen ist die Gewalt in der Herkunftsfamilie – also zwischen den Eltern – und die Gewalt in Kindheit und Jugend – also Gewalt, die von den Eltern gegen die Kinder ausgeübt wird.

Wir wissen aber auch: Dieser Teufelskreis kann durchbrochen werden.

Entscheidend dafür, ob aus Kindern Opfer oder Täter werden ist auch, wie mit dieser Gewalt umgegangen wird. Gibt es Hilfe? Setzt die Gesellschaft klare Signale? Und hier zu Handeln sind unsere Chance und unsere Pflicht. Um die Frauen – und auch ihre Kinder – in der Krisensituation einer Gewalttat zu unterstützen, sind viele Maßnahmen auf den Weg gebracht worden:

Zunächst einmal:

Das Gewaltschutzgesetz schafft eine klare rechtliche Grundlage dafür, dass Opfer in ihrer eigenen Wohnung und ihrem weiteren Leben geschützt werden können. Die Polizeigesetze der Länder ermöglichen in einer Krisensituation einen Platzverweis des Täters aus der Wohnung. Wer schlägt, muss gehen. Häusliche Gewalt wird weder verharmlost, noch fällt sie unter die Rubrik Familienstreit. Nein, wer schlägt muss aus der häuslichen Gemeinschaft raus.

Gerade hier ist die **Botschaft des Staates eindeutig**: Das Opfer wird geschützt. Der Täter muss gehen. Durch diese eindeutige Rechtsgrundlage hat ein Paradigmenwechsel bei der Polizei stattgefunden. Während früher bei „Familienstreitigkeiten“ geschlichtet hat, steht jetzt Intervention im Vordergrund und die Polizei hat durch das neue Polizeigesetz Handlungssicherheit, indem sie für 14 Tage einen Platzverweis aussprechen.

Wir haben in Niedersachsen darüber hinaus sehr gute Erfahrungen mit einer pro-aktiven Beratung gemacht. D.h. mit der Beratung, bei der wir auf die von Gewalt Betroffenen aktiv zugehen. Wir nennen die Beratungs- und Interventionsstellen in Niedersachsen kurz: BISS Stellen. Sie sind vor drei Jahren als Modellversuch eingeführt worden und vom KFN wissenschaftlich begleitet und evaluiert worden.

BISS ist ein Teil einer Kette

1. Auslöser ist ein polizeilicher Einsatz bei häuslicher Gewalt
2. Die Daten bzw. das Protokoll des Einsatzes wird an die BISS weitergegeben
Die misshandelten Frauen werden darüber informiert.
3. Noch am selben Tag oder spätestens am nächsten Tag meldet sich eine BISS Beraterin bei dem Opfer

Das ist neu: Die Beraterinnen warten nicht, bis misshandelte Frauen sich bei ihnen melden, sondern sie gehen auf diese direkt zu und bieten Hilfe an. Die BISS hat dann die Aufgabe, für den Einzelfall zügig in die notwendige Hilfe weiterzuvermitteln. (Gericht, Rechtsanwältinnen, psychosoziale Dienste, Frauenhäuser, den weißen Ring, Opfer-Hilfe-Büros)

Für die Frauen in der Krisensituation bedeutet dies das schnelle Angebot von Unterstützung. Diese Beratung stärkt die Frauen, sie gibt ihnen häufig zum ersten Mal nach langen Jahren von Demütigung und Gewalt Handlungssicherheit und Selbstbewusstsein zurück. Die Frauen fühlen sich unterstützt und entlastet. Sie sind froh, mit einer neutralen, außen stehenden Person über die erlebte Gewalt reden zu können.

Und dadurch, dass ihnen gezeigt wird, dass es Hilfe in greifbarer Nähe gibt, dass es eine Möglichkeit gibt, Hilfe zu finden und den Weg aus der Gewalt herauszufinden, bekommen sie zum Teil seit langer Zeit zum ersten Mal wieder die Chance, über ihr Leben selbst zu entscheiden.

Meine Damen und Herren,

Das Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen des Staates – vom Bund über die Länder zu den Kommunen vor Ort – ist zwar Voraussetzung für eine effektive Prävention. Aber eine Ausweitung der Netze ist erforderlich! Es sind noch nicht alle Einrichtungen im Boot, die dort sein sollten. Auch dies möchte ich am Beispiel der Häuslichen Gewalt verdeutlichen: Aus der repräsentativen Studie zu Gewalt gegen Frauen, die im vergangenen Jahr vorgelegt wurde wissen wir: Nur ca. 62 Prozent aller Frauen – unabhängig davon, ob sie Gewalt erlebt haben oder nicht – kennen Hilfseinrichtungen für Gewaltopfer, wie Frauenhäuser oder Notrufe. Aber von denen, die von Gewalt betroffen sind, wenden sich nur 11 Prozent an diese Einrichtungen. Und selbst wenn wir nur die Frauen betrachten, die gravierendere Formen von Gewalt erlebt haben, hat nur jede vierte bis fünfte Frau Beratung und Unterstützung gesucht. D.h. – wir erreichen einen Teil der Frauen zurzeit durch unser bestehendes Netz an Hilfe und Unterstützung noch nicht. Aus diesem Grund haben wir in Niedersachsen auch auf die Arbeit der pro-aktiven Beratung – auf die BISS-Stellen - gesetzt. Wir wollen zumindest denjenigen, die durch einen Einsatz der Polizei bekannt werden, direkt ein Angebot für eine Beratung machen. Und dieses Vorgehen ist erfolgreich.

Viele Frauen, die wir so erreichen, sagen, sie hätten diesem Zeitpunkt es nicht geschafft, selber aktiv eine Beratung aufzusuchen.

Meine Damen und Herren

Die gesamte Kette funktioniert nur, wenn alle mitmachen. Der rechtliche und politische Rahmen war sicher eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass hier ein Paradigmenwechsel erfolgt ist. Doch diese Maßnahmen allein wären nicht erfolgreich gewesen, wenn die Handelnden vor Ort nicht gemeinsame Konzepte für die Umsetzung entwickelt hätten.

Es wurde geklärt, nach welchen Spielregeln die Kooperation zwischen Polizei und freien Trägern erfolgen kann. Es wurde zwischen Polizei und Justiz verabredet, was konkret in eine Dokumentation des Einsatzes aufgenommen werden muss, damit dieses Protokoll im gerichtlichen Verfahren verwertet werden kann. Es wurde überlegt, welche Lücken im regionalen System wie und durch wen geschlossen werden können. Hierbei wurde vor Ort in Präventionsräten, Runden Tischen oder Arbeitskreisen in unendlicher Kleinarbeit die entscheidenden Teile des Puzzle zusammengeführt. Hier zeigt sich sehr deutlich: Netzwerke vor Ort können die Praxis verändern. Sie sind dicht dran an dem Ort, wo Kriminalität entsteht und sich zuerst auswirkt.

Und Prävention kann wirksam nur im vernetzen Zusammenwirken aller derjenigen erfolgen, die Verantwortung tragen. Diese Vernetzungsprojekte vor Ort leisten aber auch noch einen weiteren wichtigen Beitrag: Ihre Beschäftigung mit diesem Thema macht deutlich: Wir alle dulden keine Gewalt im sozialen Nahraum. Sie senden eine klare Botschaft, die Opfer ermutigt, sich Hilfe und Rat zu holen. Und sie sendet ein deutliches Signal an die Täter: Wir akzeptieren dieses Verhalten nicht. Wir decken kein Mäntelchen des Schweigens hierüber und wir nehmen dies ernst und der Täter muss die Verantwortung hierfür tragen.

Darüber hinaus eröffnen wir damit aber gleichzeitig auch die Möglichkeit der Unterbrechung der Gewaltspirale – und zwar nicht nur im Interesse der Frauen, sondern gerade auch im Interesse der Kinder, die ich eingangs schon erwähnte.

Auch ihnen wird deutlich, Gewalt ist kein Mittel zur Konfliktlösung ist. Wer schlägt ist nicht stark, sondern jämmerlich schwach. Und; es gibt Hilfe und Wege aus der Gewalt. Opfer zu sein, ist kein unentrinnbares Schicksal die Abhängigkeit vom Täter kann durchbrochen werden. Immer, wenn Kinder von der Gewalt betroffen sind, informiert die Niedersächsische Polizei nicht nur die die BISS –Stellen sondern auch die Jugendämter für die Beratung der Mädchen und Jungen. Die Jugendämter können sich dadurch gezielt an die Kinder wenden – ihnen eigenständige Unterstützung und Hilfe anbieten, gerade auch dann, wenn die Mutter sich vielleicht noch nicht zu einer Trennung entscheiden kann und die Kinder aber dennoch Hilfe und Unterstützung benötigen.

Auch hier zeigt sich – und damit schließt sich der Kreis – dass keine Einrichtung oder Institution allein präventiv erfolgreich sein kann. Denn auch im Interesse der Kinder ist es erforderlich, exakte Absprachen zu treffen und einen abgestimmten Interventionsverlauf auf den Weg zu bringen.

In Niedersachsen erarbeitet eine Kommission von Expertinnen und Experten zurzeit Handlungsempfehlungen für alle an diesem Prozess beteiligten. Wir hoffen damit Anhaltspunkte für die notwendigen Kooperationsvereinbarungen vor Ort zu geben. Den Aushandlungsprozess selbst können wir den Kommunalpräventiven Räten und

Runden Tischen natürlich nicht abnehmen – aber wir können Empfehlungen geben, die aus der praktischen Arbeit heraus mit vielen gemeinsam entwickelt wurden.

Anrede,

Ich möchte aber an dieser Stelle auf einen weiteren – sehr entscheidenden – Punkt hinweisen: Gewalt macht krank. Die WHO weist ausdrücklich darauf hin, dass Gewalt und Gewaltprävention eine der größten Herausforderungen für das Gesundheitswesen ist. Und wir wissen auch: Wenn sich die von Gewalt in Paarbeziehung betroffenen Frauen an das Hilfesystem wenden, dann sind – neben der Familie und guten Freunden – vor allem Ärztinnen und Ärzte ihre ersten Ansprechpartner. Sie kommen noch vor den Einrichtungen, die für Frauen spezifische Beratungsangebote oder Zuflucht vorhalten.

Wenn wir aber die Runden Tische und Kommunalpräventive Räte vor Ort ansehen, dann stellen wir fest, dass der Gesundheitsbereich dort noch kaum vertreten ist. Hier scheint es schwierig zu sein, zwei verschiedene Bereiche der Prävention miteinander zu verbinden. Das Gesundheitswesen hat eine Schlüsselposition für die Prävention der Gewalt. Und dennoch scheint es hier nicht einfach zu sein, diese bestehenden Netzwerke mit dem Gesundheitswesen zu verknüpfen. Dieses Thema ist nicht ganz neu. Schon der 4. Deutsche Präventionstag 1998 hatte ein Forum zum Thema: „Die Rolle der Kinder- und Jugendärzte bei der Gewaltprävention und ihre Zusammenarbeit mit anderen Stellen“.

Der Bedarf nach Kooperation ist klar formuliert – aber die Wege müssen noch beschritten werden. Und: Hier zeigt sich auch – Präventionsarbeit verlangt einen langen Atem. Ich halte hier eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit für dringend geboten. Innerhalb des deutschen Gesundheits- und Sozialsystems wird häufig noch zu sektoral gedacht, dass heißt, es werden vor allem die Routine, die Kooperationspartner und gesetzlichen Grundlagen des eigenen Wirkungsbereiches in den Vordergrund gestellt.

Am Beispiel der Folgekosten häuslicher Gewalt lässt sich aber sehr leicht deutlich machen, dass eine solche Perspektive langfristig zu kurz greift. Häuslicher Gewalt z.B. führt zu sehr unterschiedlichen Folgekosten im Gesundheits- und Sozialbereich. Diese Kosten sind für die Bundesrepublik Deutschland bisher nicht exakt beziffert worden – aber eine kanadische Studie hat für den Bereich der Folgekosten von Gewalt gegen Frauen allein im kanadischen Gesundheitswesen eine Summe von ca. 1 Milliarde Dollar bei 32,5 Millionen Einwohnern jährlich errechnet. Für die Schweiz mit 7,2 Millionen Einwohnern belaufen sich die Kosten durch Misshandlungen an Frauen und Kinder in den Bereichen Gesundheitswesen, Polizei und Justiz auf ca. 290 Millionen Dollar. Hinzu kommt der Punkt, den ich vorhin schon ansprach: Gewalt in der Familie beinhaltet ein hohes Risiko, Gewalt und Kriminalität in der Gesellschaft zu erzeugen: Jungen sind in diesem „Kreislauf der Gewalt“ gefährdet, selbst Gewalt auszuüben und zum Täter zu werden, sie haben gelernt, dass Konflikte scheinbar so gelöst werden und dass der Gewalttätige scheinbar immer Recht hat.

Jungen üben männliche Dominanz ein, sie lernen die Alltäglichkeit und die Erfolgsträchtigkeit von Gewalthandeln für Männer. Und die Mädchen erleben die Rolle des Opfers als die scheinbar unausweichliche für sich. Über das Modell der Eltern lernen Mädchen Gewalt und die Opferrolle zu akzeptieren. Liebe, Familie und Schutz gibt es nur für den Preis bedingungsloser Unterordnung. Insofern ist Gewalt in der Familie eine Ursache für die Kriminalität von morgen.

Heute werden nicht nur die meisten Versorgungsbereiche, sondern auch die meisten Präventionsansätze von sehr unterschiedlichen Trägern organisiert und aus ebenso unterschiedlichen Quellen finanziert. Die weiten Felder

- der Prävention von häuslicher Gewalt,
- der Kriminalprävention,
- der Suchtprävention
- und anderer gesundheitsbezogener Prävention,
- etwa in den Bereichen Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung,

sind deshalb eher **nebeneinander** organisiert als **aufeinander angestimmt**.

Dabei sind die Hauptzielgruppen mit den größten Präventionsbedarfen fast identisch.

Den größten Präventionsbedarf und damit auch das größte Potenzial für erfolgreiche Präventionsmaßnahmen in allen genannten Bereichen weisen Menschen aus so genannten „bildungsfernen“ Schichten auf. Die Angehörigen der sozial benachteiligten Gruppen sind vermehrt von körperlichen und psychischen Krankheiten, psychosomatischen Beschwerden, Unfallverletzungen und Behinderungen betroffen.

Ähnliche Aussagen lassen sich auch auf Basis der Kriminalitätsstatistik, den Forschungsergebnissen zu häuslicher Gewalt und für weite Teile des Drogenkonsums treffen. Wo Sie dabei auch hinschauen, bis auf sehr wenige Ausnahmen haben sozial benachteiligte Menschen ein anderes Risikoprofil und neigen eher zu riskanteren Verhaltensweisen als Menschen mit einem höheren Bildungs- und Wohlstandsniveau.

Für die meisten Präventionsmaßnahmen gilt, je früher und je umfassender präventiv gehandelt wird, desto besser sind die Aussichten auf Erfolg. Geradezu zwangsläufig bieten sich deshalb die Settings Kindertagesstätten und Schule als ideale Interventionsorte an. Eine Vielzahl von Präventionskonzepten setzt deshalb folgerichtig genau hier an. Aber bislang sind diese Aktivitäten völlig unvernetzt miteinander und gerade Schulen werden zusätzliche Anforderungen aufgebürdet, die neben dem Bildungsauftrag, quasi nebenbei mit erledigt werden sollen, weil Kinder in diesem Kontext eben leicht zu erreichen sind. Dieses Nebeneinander kann bestimmte Settings auch präventionsmüde machen, weil die Konjunktur bestimmter Themen sich auch an der Fülle der Anfragen im Posteingang der Schulleitungen ablesen lässt. Deshalb werden häufig solche Anfragen auch gleich aussortiert.

Wir können uns ein solches Nebeneinander verschiedener gleich gerichteter Präventionskonzepte nicht länger leisten. Wir brauchen mehr Integration von Konzepten und Maßnahmen auf allen Ebenen. Wir brauchen mehr vernetzte Prävention, weil wir uns die Folgekosten des Nichtstuns oder des nur sektoral im Kleinen ansetzen langfristig nicht leisten können. Falsch angelegte oder unterlassene Präventionspolitik wird den Herausforderungen unserer Gesellschaft nicht gerecht. Deshalb plädiere ich für eine umfassende, zielgruppenorientierte Präventionspolitik, die auf verschiedenen Schultern ruht und nachhaltig betrieben wird.

Dies ist auch gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen verantwortliches Handeln. Denn wir können nur jeden Euro einmal ausgeben und wir werden die Spirale der Verschuldung nicht weiter drehen dürfen. Also müssen wir die Strukturen und Konzepte, die da sind, vor allem darauf überprüfen, ob sie aufeinander abgestimmt sind, unter einem Dach gebündelt sind und damit optimal arbeiten. Kluge Koordination und abgestimmte Arbeitsteilung ist ein Schlüssel für nachhaltigen Erfolg in einem komplexen Feld.

Grundbedingung für ein effektives Handeln ist eine verbesserte Zusammenarbeit verschiedener Sektoren.

- der Bildungsbereich,
- die Jugendhilfe
- und das Gesundheitswesen,
- aber auch die Kriminalprävention

- alle müssen Hand in Hand arbeiten, um vor Ort stimmige Lösungen anzubieten.

Mit den Kindern, die heute heranwachsen und mit der Frage, wie sie heranwachsen entscheidet sich die Zukunft des Landes, und es ist beklemmend zu sehen, wie wenig das bisher verstanden ist.

Zwar kommt die überwiegende Zahl der Familien wunderbar zurecht mit ihren Kindern.

Aber es gibt daneben Kinder, die in Hochrisikofamilien aufwachsen. Das sind

- sozial stark benachteiligte Familien,
- Sozialhilfebezug über mehrere Generationen
- Langzeitarbeitslosigkeit,
- mangelnde soziale Integration bei Zuwanderern,
- Gewalt, Alkohol und andere Drogen.

Bei Kindern aus solchen Familien schauen wir als Gesellschaft erst hin, wenn die Schäden unübersehbar sind.

Also zum Beispiel:

- Schulversagen,
- Drogenabhängigkeit,
- Frustrationskompensation durch Fettsucht,
- hohe Aggressivität oder Jugendkriminalität.

Dann ist es für die Gesellschaft sehr aufwändig und teuer zu helfen. Und die Erfolge sind sehr begrenzt. Dabei könnten wir ein kleines, aber unendlich wichtiges Zeitfenster der Möglichkeiten mehr nutzen: Das ist diese kostbare und unwiederbringliche Zeit der ganz frühen Hirnentwicklung - diese ersten prägenden Jahre, von denen wir inzwischen aus der Forschung wissen, dass sie die Weichen stellen für die späteren sozialen, emotionalen und intellektuellen Kompetenzen von Menschen.

Noch einmal vorweg: Es gibt Kinder, denen geht es gut, die wachsen völlig normal auf mit den üblichen Belastungen, den üblichen Förderungen, sie haben Geschwister, sie erfahren emotionale Zuwendung, hier muss sich der Staat überhaupt nicht einmischen. Aber es gibt zunehmend Kinder, die wachsen allein auf, der zuverlässigste Ansprechpartner ist vielleicht noch der Fernseher im Wechsel mit dem Computer, Die hungrige kleine Seele erhält Cola und Chips, statt Zuwendung, Zärtlichkeit und Tobezeit.

Sie können sich vorstellen, was bei diesen Kindern am Lebensanfang verkümmert, in den ersten Jahren, die darüber entscheiden, wie stabil oder labil, wie zuverlässig oder verlassen, wie belastbar oder chaotisch, wie kommunikativ oder introvertiert, wie lernfähig oder abwehrend und verschlossen und wie teamfähig oder aggressiv diese Menschen später sein werden. Und hier muss der Staat eingreifen.

Es gibt eine hochinteressante Studie aus Amerika, die in den vergangenen 40 Jahren die Entwicklung von zwei Gruppen mitverfolgt hat: Die eine Gruppe sind Risikokinder, die ganz früh von Geburt an in den ersten 10 Lebensjahren eine spezielle Förderung erfahren haben und die zweite Gruppe sind Risikokinder, wo man nichts Besonderes gemacht hat. Und heute, nach 40 Jahren, zeigt sich, dass die geförderten Kinder als Erwachsene mehr Steuern zahlt, mehr Sozialbeiträge zahlen, weniger kriminell sind, weniger Scheidungen und mehr Kinder haben.

Dieses ist ein Feld, das wir bisher kaum in seiner Tragweite als Möglichkeit erfasst haben. Wir brauchen diese jungen Menschen mit der ganzen Bandbreite ihrer Möglichkeiten. Diese gezielte frühkindliche Prävention bei benachteiligten Kinder, kann Chancengleichheit für ein Leben in Gesundheit herstellen und tradiertes Fehlverhalten über mehrere Generationen durchbrechen. Ich entwickle mit dem KFN zurzeit ein Modell, wie wir ganz am Anfang eines kindlichen Lebens in den Hochrisikofamilien stützend und gezielt helfen können. Das beginnt in den Schwangerschaftsmonaten über Familienhebammen (also das Thema Gesundheit) und geht etwa bis zum sechsten Lebensjahr, damit für diese Kinder die Weichen richtig gestellt werden.

Die Befähigung, also das Empowerment sozial benachteiligter Menschen, insbesondere Kinder, zu einem selbst bestimmten, seelisch wie körperlich gesunden Leben, in dem sie alle ihre Fähigkeiten ausschöpfen können, ist eine komplexe Aufgabe. Aber es ist auch eine wunderbare Aufgabenstellung. Also machen wir uns gemeinsam daran, die Netze dafür zu knüpfen. Ich hoffe, ich habe Sie dabei auf meiner Seite und wünsche dem 10. Deutschen Präventionstag in diesem Sinne einen erfolgreichen Verlauf!